

Es ist durchaus verständlich, dass die CDU in einem eigenen Antrag im Stadtrat am 30.04.13 nicht nur die Entscheidungskompetenzen der Ortsbeiräte, sondern vor allem auch den Einfluss der Ortsvorsteher in den verschiedenen Stadtteilen stärken will. Stellt die CDU doch den mit Abstand überwiegenden Anteil an Ortsvorsteher/innen in den Stadtteilen Triers. Mit diesem derzeitigen Höchststand wird die CDU aber auch bei der kommenden Kommunalwahl 2014 am stärksten den vorausgesagten Wählerschwankungen ausgesetzt sein. Ein CDU-Redner befürchtete erst kürzlich auf der Veranstaltung im Humboldt-Gymnasium, bei der die Mikro-Uni-Studie zu den Ortsbeiräten vorgestellt wurde, dass die Wahllisten zur Kandidatur für den Ortsbeirat im Jahr 2014 für die CDU nicht mehr flächendeckend gefüllt werden könnten, weil der Partei die ehrenamtlichen Ortsbeiratskandidaten/innen Scharenweise wegbrechen würden. Diese Befürchtung wurde geäußert vor dem Hintergrund des allgemeinen Frustes, den verschiedene Ortsbeiräte Anfang des Jahres bei ihrem Treffen in Heiligkreuz geschoben hatten und in einer gemeinsamen Stellungnahme an die verschiedenen Ortsbeiräte als weitere Diskussionsgrundlage verschickt hatten. Hier wurde vor allem eine Veränderung im Anhörungsprozedere der Ortsbeiräte gefordert sowie eine stärkere Öffnung der Sitzungen der verschiedenen Dezernatsausschüsse, deren zahlreiche Tagesordnungspunkte vor allem unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt werden. Es ging hier explizit um eine Stärkung der Aufgabenbefugnisse der Ortsbeiräte, die derzeit nichts selbständig entscheiden können, sondern nur vom Rat der Stadt in wichtigen Ortsteilangelegenheiten angehört werden (müssen).

Zu begrüßen ist daher, dass dieses Thema fraktionsübergreifend erneut diskutiert werden soll, mit dem Ziel, die Hauptsatzung der Stadt Trier zu überarbeiten, um den Ortsbeiräten konkret definierte Rechte und Entscheidungspflichten bzw. eigenverantwortliche Budgetentscheidungen zuzuschreiben.

Insofern sind die verschiedenen Fraktionen auf einem guten Weg, namentlich auch die CDU, wenn sie eine Hauptforderung der LINKEN im Wahlprogramm 2009 der Partei umsetzen wollen: „DIE LINKE setzt sich für eine partizipative Selbstverwaltung in den Stadtteilen Triers ein“ (ebd. S. 13), hieß es schon dort. Allerdings geht das linke Wahlprogramm noch wesentlich weiter, wenn es schon im Jahr 2009 „eine Institutionalisierung eines professionellen Quartiermanagements in jedem einzelnen Stadtteil“ (ebd.) fordert. Soweit will die CDU aber nicht gehen.

Demgegenüber stellte die Mikro-Uni-Studie zu den Ortsbeiräten auch eine Stärkung der Ortsvorsteher zur Diskussion. Hier wurde auf der CDU-Veranstaltung im Humboldt-Gymnasium erwogen, virtuelle Ortsvorsteher-Büros einzurichten, indem die Stadt Trier jedem Ortsvorsteher einen Laptop finanziert mit einem Internetzugang samt E-Mail-Adresse. Allerdings zeigte die Mikro-Studie der Universität auch auf, dass gerade der onlinegesteuerte Bürgerhaushalt nur minimal angenommen wurde. Vor diesem Hintergrund kann mit gutem Grund bezweifelt werden, dass ein nur virtuelles Ortsvorsteherbüro seinen Dienst erfüllen wird. Es fehlt hier doch gerade die konkrete und persönliche Begegnung und Ansprache, die eine Stadtteilpolitik gerade von anonymen Gremien wie den Stadtrat unterscheidet.

Zweifelloos bleibt es dringend notwendig, dass ein „gestärkter“ Ortsvorsteher sich des Rückhaltes seines Ortsbeirates eigens versichert, wenn er als Sprecher des Stadtteils in der Öffentlichkeit auftritt oder spricht. Selbstherrliche „Zaren“ wären hier fehl am Platze und täten nicht nur der angestrebten Bürgernähe einen Bärendienst, sondern auch der Basisdemokratie. Die Stärkung des Ortsvorstehers kann daher nur aus dem eigenen Ortsbeirat kommen. Deshalb ist auch wichtig, dass Ortsvorsteher nicht einem Doppelmandat (Ortsbeirat und Stadtrat) verpflichtet sind. Es muss also sozusagen auch hier eine Trennung von Amt, nämlich das des Ortsvorstehers, und Mandat, wie z.B. dem Stadtrat,

geben. In der Vergangenheit haben Entscheidungen, die auf der Ebene des Ortsbeirates fast einmütig getroffen wurden, für großen Unmut in den Stadtteilen gesorgt, als nämlich die entsprechenden Vertreter/innen im Stadtrat, aufgrund ihres Doppelmandates sozusagen unter „Fraktionszwang“ mit der Fraktion gegen die Entscheidung ihres eigenen Stadtteils gestimmt hatten. Als Beispiel vergleiche die Abstimmungen zum Mobilitätskonzept 2025: Im Stadtrat wurde parteiübergreifend „einstimmig“ abgestimmt, obwohl sehr viele Ortsbeiräte dieses Konzept zuvor fast einstimmig abgelehnt hatten. Um diesem Dilemma zu entgehen und deutlich zu machen, dass es einem Ortsvorsteher primär um das Wohl seines Stadtteils gehen muss, das nicht durch vermeintlich „übergeordnete“ Belange der Stadt kontrahiert werden kann und darf, ist es sinnvoll zwischen Amt und Mandat streng zu trennen, damit der Ortsvorsteher nicht von Seiten der Fraktion erpressbar wird. Andererseits sollte er kraft seines Amtes im Stadtrat ein „Rederecht“ erhalten, um die relevanten Positionen des Stadtteils ins Bewusstsein der Ratsherren und -damen zu verankern. (Besser wäre es freilich, wenn die Ortsvorsteher im Stadtrat nicht nur ein Rederecht, sondern auch ein Stimmrecht erhielten, das unabhängig von den Fraktionen - wie auch die Stimme des Oberbürgermeisters – ausgeführt werden könnte. Damit im Zweifel auch gegen die Mehrheit des Stadtrates Position gezeigt werden kann.)

Ein anderes Problem haben freilich die kleineren Parteien, darunter vor allem die LINKEN. Denn wenn auch die CDU darum bangen muss, dass vielen Menschen, die sich auf unteren politischen Ebenen noch für unmittelbares Umfeld, eben den Ortsteil, engagiert haben, muss im Jahr 2014 damit gerechnet werden, dass die entsprechenden Listen nicht mehr gefüllt werden können. Darum ist die Option, den „Ortsvorsitzenden“ politisch zu stärken (im Extremfall auch ohne einen Ortsbeirat (!), wie es die Mikro-Studie der Uni auch vorsieht) auch nicht nur uneigennützig gedacht von der CDU – oder anderen größeren Parteien. Die Linke hat diese Probleme aber nicht. Denn sie ist derzeit nur im Stadtteil Kürenz mit einem mittlerweile „parteilosen“ ehemaligen Vertreter ihrer Partei in den Trierer Ortsbeiräten vertreten. Dass hier also viele engagierte Freizeitpolitiker wegbrechen würden, ist nicht das Problem der Linken, wohl aber, dass sie kaum in den Stadtteilen präsent ist. Es ist also damit zu rechnen, dass ich die etablierten, bürgerlichen Parteien dem (bedauernswürdigen) Zustand der Linken angleichen. Ein – wie ich meine – beachtlicher Prozess!

Die Gründe dafür sind vielfältig, wie die Mikro-Studie der Uni aufgezeigt hat. Aber sie treffen alle Parteien gleichermaßen – und das heißt eben besonders die vermeintlich starken und etablierten Parteien. Andere werden erst gar nicht wieder auftauchen.

Dieser Ausblick ist nicht nur betrüblich, zeigt er doch, dass es so (wie bisher) nicht weitergehen kann (weder von den Politikgehalten, noch von der formalen Struktur, wie Politik gestaltet wird). Andererseits drückt sich in diesem Protest-Umstand aber auch der Wille zu einer grundlegenden politischen Veränderung aus. Politische Erfolge können nur von der kleinsten Ebene, nämlich den Ortsbeiräten, auf größere Strukturen (wie z.B. auf den Stadtrat mit seinen vermeintlich übergeordneten Belangen einer Stadt) übertragen werden. Von oben nach unten können politische Erfolge nicht weitergeben werden, denn dann erscheinen sie nicht als Ausdruck des eigenen, politischen Willens, sondern nur noch als von außen kommende Zwänge, denen man nicht entgehen konnte. (Vergleiche die Schließung der Grundschule Kürenz! – Wobei ein CDU-Politiker auf einer Veranstaltung behauptete: Man könne ja schließlich nicht ALLEN Wünschen gerecht werden auf städtischer Ebene. Was er allerdings dabei verschwiegen hat, ist, dass ALLEN Wünschen der anderen Stadtteile zum Erhalt ihrer Schulen sehr wohl im Stadtrat entsprochen wurde. – Solche Äußerungen müssen die betroffenen Bürger/innen als Affront empfinden, was nicht nur frustriert, sondern auch verärgert und verstört, denn die einzige „Ausnahme“ wird hier als Inkonsequenz empfunden und bei der nächsten Wahl durch Passivität abgestraft, nach dem Motto: Die Tun doch, was sie wollen!

Leider kann man dem unter den derzeitigen Bedingungen nichts anderes entgegenhalten, als „Jo“ zu sagen!